

II-2282 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1247/J

ANFRAGE

1991 -06- 11

der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Verkauf von entbehrlichem Besitz der Öster-  
reichischen Sozialversicherungsträger

Mit Anfrage 640 J der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder und Kollegen wurde der Bundesminister für Arbeit und Soziales dahingehend befragt, welchen Immobilienbesitz die Österreichischen Sozialversicherungsträger besitzen und welcher davon entbehrlich sei. Mit Anfragebeantwortung vom 23.4.1991, 567/AB, übermittelte der Sozialminister eine umfangreiche Liste, die den Immobilienbesitz der einzelnen Sozialversicherungsträger aufgeschlüsselt auflistet. Gleichzeitig wurde in der Anfragebeantwortung festgehalten, daß es einen nicht unbedeutendn Immobilienbesitz der Österreichischen Sozialversicherungsträger gibt, der für die Zwecke der Sozialversicherung nicht unmittelbar benötigt wird. Ein Verkauf dieser nicht benötigten Liegenschaften würde Einnahmen in Milliardenhöhe nach sich ziehen und damit teilweise das Budget entlasten.

Da der Bundesminister für Finanzen in den vergangenen Monaten immer wieder die einzelnen Bundesminister aufgefordert hat, Vorschläge in Richtung Budgeteinsparung vorzulegen und der Bundesminister für Finanzen auch gemäß ASVG bei den im § 428 Abs.1 Z.2 bis 6 genannten Versicherungsanstalten und beim Hauptverband zur Wahrung der finanziellen Interessen des Bundes befugt ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

-2-

Anfrage:

1. Werden Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten darauf dringen, daß die Österreichischen Sozialversicherungsträger Immobilienbesitz, den sie für die Ausübung ihrer Aufgaben nicht unbedingt benötigen, veräußern?
2. Wenn ja, in welchem Ausmaß kann durch die Veräußerung von Liegenschaften der Österreichischen Sozialversicherungsträger eine Entlastung des Bundesbudgets erfolgen und bis wann wird es zu den diesbezüglichen Veräußerungen kommen?
3. Wenn nein, warum sind Sie nicht bereit, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten auf Veräußerungen von Immobilienbesitz der Österreichischen Sozialversicherungsträger zu dringen, obwohl dadurch eine nicht unbeträchtliche Entlastung des Bundesbudgets erzielt werden könnte?